

01.05.2020 - Börsenfieber und Corona-Virus

Von der Krise des Tauscherts, dem Gebrauchswert der Krise, der Ökonomie des Gebrauchswerts

von Ingo Schmidt

Das Fieber kam vor dem Virus. An der Börse. Im Spätsommer 2019. Mochten Ökonomen noch so offen darüber spekulieren, ob es zehn Jahre nach der Großen Rezession nicht Zeit für den nächsten Ab-schwung sei.

Mochten sie darauf hinweisen, dass die letzte Krise nie so richtig überwunden wurde: die Börsenianer fieberten neuen Rekorden entgegen. Dass sich die Konjunktur nur noch mit Mühe weiterschleppte, geriet aus ihrem Blick. Bis sich Ende Februar dieses Jahres die Angst breitmachte, Corona-Virus und Ausgangssperre seien nicht exotische Erscheinungen im chinesischen Wuhan, sondern möglicherweise ein Bedrohung für die, wenn auch untertourig laufende, Weltwirtschaft.

Ein paar Wochen später folgten Ausgangssperren rund um den Globus. Die Warenströme ka-men weitgehend zum Erliegen, die Börsenkurse gaben weiter nach. Börsianer, Banker und Un-ternehmer konnten endlich einmal sagen: Wir waren es nicht. «Unsere» Wirtschaft ist Opfer der Naturgewalten. Wir brauchen aber «eure» Hilfe, damit wenigstens die Geldströme weiterfließen können.

Der Verweis auf die Natur ist allerdings zweischneidig: *Erstens* spricht einiges dafür, dass die Art und Weise, in der «ihre» Wirtschaft organisiert ist, die Virenübertragung von Tier auf Mensch und deren anschließende Verbreitung in nie gekanntem Ausmaß begünstigt. *Zweitens* galt diese Wirtschaftsordnung bislang als das natürlichste der Welt ? ein Produkt aus Variation und Selektion, in dem sich die Besten durchsetzen und die Last der Verantwortung für die we-niger Befähigten tragen. Dafür aber auch Opfer verlangen dürfen. Es könnte allerdings sein, dass sich die von oben als weniger Befähigten als eigensinnig erweisen, sich vom zur zweiten Natur gewordenen Kapitalfetischismus befreien und der Profitwirtschaft weitere Opfer verweigern.

Eine Krise des Tauscherts

Als das Börsenfieber die Welt noch im Griff hat-te, tauschten Ökonomen und Journalisten verschiedene Interpretationen über die Entwicklung seit der Großen Rezession und die weitere Zukunft aus. Skeptiker verwiesen darauf, die Zinsen seien im Gegensatz zum Aufschwung nach der Krise 2008/2009 kaum über die Nullprozentmarke gestiegen. Insofern sei die Krise gar nicht richtig überwunden worden. Tatsächlich war der

Aufschwung in Nordamerika und Westeuropa schwächer als vorangegangene, und auch China schaltete in Sachen Wachstum einen Gang zurück. Sonnigere Gemüter verwiesen darauf, dass der letzte Aufschwung länger angehalten hat als vorangegangene. Doch auch sie waren der Ansicht, die Wirtschaft laufe nicht so richtig rund und es gebe genügend Sollbruchstellen, die das Ende des Aufschwungs auslösen könnten.

Dazu zählten die Handelskonflikte zwischen den USA und China, Spannungen innerhalb der Handelsblöcke EU und NAFTA; die Auswirkungen einer gerade anlaufenden Automatisierungswelle (Stichwort: Künstliche Intelligenz) auf den Arbeitsmarkt, die Konkurrenz zwischen den Produzenten fossiler und erneuerbarer Energien. Einen Virus als Krisenauslöser hatten sie nicht auf der Rechnung. Im Gefolge von SARS und Ebola hatten Epidemiologen darauf hingewiesen, dass die globale Agrarindustrie die Verbreitung von Epidemien befördert. In die Prognosemodelle der Konjunkturforschung waren diese Warnungen jedoch nicht eingegangen.

Deutlich an Interesse verloren Ökonomen am Thema Schulden. Die Große Rezession galt vielen von ihnen keineswegs als Ausdruck allgemeiner Ungleichgewichte zwischen Angebot und Nachfrage, sondern als bedauerliche Folge ausufernder Immobilienschulden in den USA. Dass die Eurokrise von überbordenden Staatsausgaben und damit verbundenen Schulden ausgelöst war, verstand sich von selbst. Nach der Immobilienkrise konnte die Staatsverschuldung trotz mehr oder minder drastischer Sparmaßnahmen nur in sehr wenigen Ländern gesenkt werden? eine Folge geringen Wachstums, oft genug gepaart mit Steuersenkungen auf Gewinne und Vermögen. Dafür stieg in vielen Ländern die Verschuldung der privaten Unternehmen stark an. Kredite zur Ausweitung der Geschäftstätigkeit waren dabei die Ausnahme. Unternehmen, die steigende Umsätze erwarten durften, z.B. IT-Riesen wie Amazon, Apple und Netflix, konnten ihre Investitionen zumeist aus Gewinnen früherer Perioden finanzieren. Für viele andere, vor allem kleinere Unternehmen waren Kredite schlicht eine Überlebensfrage. Nicht wenige unter den Großen nutzten das billige Kreditangebot zur Finanzierung von Firmenübernahmen oder zum Kauf eigener Aktien. Kurse, Dividenden und Managerboni wurden damit in die Höhe getrieben. Nur Erweiterungsinvestitionen gab es wenige. Deswegen war der Aufschwung ja so schwach.

Die massive Ausweitung des Geldangebots während der Großen Rezession hat zwar einen Stillstand der Geld- und der darüber vermittelten Warenzirkulation verhindert. Aber sie hat keinen Aufschwung ausgelöst, aus dessen allgemeinen Umsatzsteigerungen Kredite hätten getilgt werden können. Stattdessen floss billiges Geld in neue Finanzblasen: Schulden und Börsenkurse sind der Produktion von Gütern und Dienstleistungen seit Überwindung der Großen Rezession weit vorausgelaufen.

Vom Gebrauchswert der Krise

Staatliche Ausgabenprogramme hätten Jobs schaffen und den ökologischen Umbau der Wirtschaft fördern können. Deshalb waren sie nicht gewollt. Oder genauer: Sie wurden eingestellt, sobald der Absturz der Wirtschaft eingestellt war. Eine mit knapper Not der Krise entkommene Kapitalistenklasse wollte sich nicht dauernd von Regierungen und Parlamenten, die schlimmstenfalls den wirtschaftsschädlichen Forderungen verschiedener Protestbewegungen nachgeben, reinreden lassen. Solche Aussichten hätten krisengeplagte Investoren weiter verunsichert. Strenge Ausgabendisziplin war zur Wiederbelebung der Investitionsneigung nötig. Auch wenn es dann doch nur zu Anlagen an der Börse gereicht hat. Anders als Investitionen in Anlagen und Infrastruktur lassen sich Börsengeschäfte im Falle neuer Unsicherheiten schnell rückgängig machen. Wie im Fall der weltweiten Corona-Epidemie.

In der hiervon ausgelösten Krise helfen allerdings auch keine Staatsausgabenprogramme. Die zur Verlangsamung der Verbreitung des Co-rona-Virus erlassenen Ausgangssperren zwingen einen großen Teil der Wirtschaft zum Stillstand, ganz gleich wieviel private oder öffent-liche Nachfrage es gibt. Solange die Ausgangssperren gelten, heißt es auch für Unternehmer und Finanziere: abwarten und das Beste daraus machen. Beispielsweise dafür zu sorgen, dass ein guter Teil der finanziellen Notprogramme in den eigenen Taschen landet. Und sich auf das Wiederanfahren der Betriebe vorbereiten; dafür sorgen, dass die Beschränkungen des Demonstrationsrechts beibehalten werden, usw. Die gebrochene Welle der Klimaproteste gehörte zu den ersten Kollateralschäden der Corona-Epidemie. Die Frage ist auch, ob es gelingt, die Rechnung für die aktuellen Finanzhilfen auch diesmal wieder dem gemeinen Volk aufzudrücken. Die Argumente sind ja bekannt: Wenn ihr nicht bezahlt, erdrücken uns die Schulden. Die Wirtschaft bricht zusammen. Wir sitzen alle im selben Boot. Ob das Mantra auch diesmal wieder geglaubt wird, muss sich zeigen. Die gegenwärtige Krise wurde schließlich nicht von den inneren Widersprüchen des Kapitalismus, sondern von Natur und Politik verursacht. Dass diese Widersprüche den Kapitalismus bis an den Rand der Krise gebracht haben, wo es dann nur noch eines kleinen Anstoßes bedurfte, um die Konjunktur in den Abgrund zu schicken, mag ja stimmen. Klingt aber auch etwas spitzfindig. Ebenso wie der, empirisch ebenso belegbare, Hinweis, dass industrielle Agrarproduktion und Globalisierung die Verbreitung der von der Natur produzierten Viren in menschlichen Gesellschaften massiv befördern.

Die Ökonomie des Gebrauchswerts

Doch gerade weil der Kapitalismus diesmal nur als Krisenanstifter, aber nicht

Hauptschuldiger auf der Anklagebank sitzt, könnte er Schaden nehmen. Die Ursachen von Wirtschaftskrisen, sozialer Spaltung und ökologischer Zerstörung zu verstehen, ist eine Sache. Sie zu überwinden eine andere. Dazu bedarf es einer ungefähren Vorstellung, wie dies zu bewerkstelligen und wie eine andere, nichtkapitalistische Wirtschaft gestaltet werden könnte. Und es bedarf des massenhaft verbreiteten Vertrauens, diese Vorstellungen gemeinschaftlich in die Tat umsetzen zu können. An Vorstellungen und Vertrauen hat es in der jüngeren Vergangenheit stets gemangelt. Auch wenn der Kapitalismus zunehmend in die Kritik gekommen ist, dominierte immer noch der Glaube, dass eine andere Welt vielleicht wünschbar, aber leider nicht realisierbar ist.

Den Glauben aufrechtzuerhalten, dass der Kapitalismus eine natürliche und deshalb nicht aus der Welt zu schaffende Ordnung ist, ist eine der größten Leistungen dieser Produktionsweise. Er beruht teilweise auf der Erfahrungstatsache, dass sich auf dem Markt, einschließlich des Arbeitsmarkts, Freie und Gleiche gegenüber treten. Niemand wird zum Vertragsabschluss gezwungen und es steht auch nichts von unbezahlter Mehrarbeit im Arbeitsvertrag. Wer einen Job sucht, aber nicht findet, fragt sich «natürlich», ob ein niedrigerer Lohn den Verkauf der Arbeitskraft nicht ebenso erleichtert, wie Preisabschläge kurz vor Ladenschluss auch noch die letzten Brötchen unter die Leute bringen. Angebot und Nachfrage halten die Wirtschaft zusammen. Verträge nicht einzuhalten, z.B. ausstehende Schulden nicht zu bezahlen, würde den Laden in Unordnung bringen.

Nun ist der Laden aber schon in Unordnung. Jeder fürchtet sich vor dem Corona-Virus und versucht, der Ansteckung durch Abstandhalten zu entgehen. Galten Börsenkurse und Wettbewerbsfähigkeit gestern noch als Voraussetzung eigenen Wohlergehens, wird nun schlagartig klar, dass das eigene Leben von der Arbeit vieler anderer abhängt: derer, die trotz Ausgangssperre und Abstandsgebot Brötchen backen und ausliefern und sich gegebenenfalls um jene kümmern, die sich trotz aller Vorsichtsmaßnahmen mit dem Virus infiziert haben. Nicht Angebot und Nachfrage lassen uns leben, sondern gemeinschaftliche Arbeit. Lange hinter der Glitzerwelt der Börse verborgen, wird diese Wahrheit nun erfahren. Vielfach allein, im Abstand von anderen. Diese vereinzelt, aber massenhaft gemachte Erfahrung sollte sich organisieren lassen.